



HESSEN



Bericht aus Brüssel

01/2023 vom 13.01.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Wirtschaft.....	4
Verkehr.....	6
Energie.....	6
Digital.....	7
Forschung.....	8
Finanzdienstleistungen.....	9
Finanzen.....	9
Soziales.....	10
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	11
Umwelt.....	12
Landwirtschaft.....	12
Justiz.....	14
Inneres.....	14
Bildung und Kultur.....	16
EU-Förderprogramme.....	17
Veranstaltungen.....	17
Vorschau.....	18

Termine der schwedischen Ratspräsidentschaft

Europäischer Rat

09./10.02.; 23./24.03.; 29./30.06.

Rat für allgemeine Angelegenheiten

06.02.; 21.02.; 21.03.; 25.04.; 30.05.; 21./22.06. (informell); 27.06.

Rat für Auswärtige Angelegenheiten

23.01.; 20.02.; 07/08.03. (informell - Verteidigung); 08./09.03. (informell – Entwicklung); 09/10.03. (informell – Handel); 20.03.; 24.04.; 22.05.; 25.05. (Handel); 26.06.

Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

13.03. (Sozialpolitik); 14.03. (Gesundheit); 03./04.05. (Sozialpolitik); 04./05.05. (Gesundheit); 12.06. (Sozialpolitik); 13.06. (Gesundheit)

Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

07.03. (Bildung); 15./16.05.

Rat für Justiz und Inneres

25./26./27.01.; 09./10.03.; 08./09.06.

Rat für Landwirtschaft und Fischerei

30.01.; 27.02.; 20.03.; 25.04.; 30.05.; 26./27.06.

Rat für Umwelt

16.03.; 18./19.04. (informell); 12./13.06. (informell); 20.06.

Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie

27./28.02. (informell – Transport, Energie); 28.03. (Energie); 01.06. (Transport); 02.06. (Telekommunikation); 19.06. (Energie)

Rat für Wettbewerbsfähigkeit

02.03. (Binnenmarkt, Industrie); 23.05. (Forschung und Raumfahrt)

Rat für Wirtschaft und Finanzen

17.01.; 14.02.; 14.03.; 28./29.04. (informell); 16.05.; 16.06.

EUR-Gruppe

16.01.; 13.02.; 13.03.; 28.04. (informell); 15.05.; 15.06.

Tripartite Social Summit 22.03.

Kommission; Brexit; Gemeinsame Erklärung von Kommission und GBR

Vizepräsident Šefčovič traf am 09.01.2023 in London mit dem britischen Außenminister Cleverly und dem nordirischen Minister Heaton-Harris zusammen. Gemeinsam zogen die Politiker eine Bilanz ihrer Arbeit, um Lösungen für die von Unternehmen und weiteren in Nordirland geäußerten Bedenken zu finden. Sie unterstrichen bei dem Treffen und der anschließenden Erklärung die gemeinsame Verpflichtung von EU und GBR, das Karfreitagsabkommen in allen seinen Teilen zu schützen und gleichzeitig die Integrität sowohl des EU-Binnenmarkts als auch des britischen Binnenmarkts zu wahren. Alle Parteien waren sich einig, dass zwar eine Reihe kritischer Fragen gelöst werden müssen, um einen Weg nach vorn zu finden, dass aber nun eine Einigung über das weitere Vorgehen in der konkreten Frage des Zugangs der EU zu britischen IT-Systemen erzielt wurde. Sie stellten fest, dass diese Arbeit Voraussetzung für den Aufbau von Vertrauen und die Schaffung von Sicherheit sei und eine neue Grundlage für die Gespräche zwischen der EU und GBR darstelle. Technische Teams aus der EU und GBR sollen nun zügig daran arbeiten, das Potenzial für Lösungen in verschiedenen Bereichen auf der Grundlage dieses neuen Verständnisses auszuloten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_23_101

Kommission; Erklärung von EU und NATO zur Zusammenarbeit

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Ratspräsident Charles Michel und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg haben am 10.01.2023 eine Erklärung unterzeichnet, um die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO weiter auszubauen. Von der Leyen erklärte im Anschluss an die Unterzeichnung, dass seit dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO noch stärker geworden sei. Jetzt sei geplant, diese Zusammenarbeit zu vertiefen und auf neue Bereiche auszudehnen. Die Bekämpfung von hybriden und Cyber-Bedrohungen sowie des Terrorismus sollen unter anderem intensiviert werden. Wichtig sei außerdem, die eigene Widerstandsfähigkeit zu stärken, vor allem auch im Hinblick auf die kritischen Infrastrukturen. Von der Leyen bekräftigte zudem ihre Unterstützung für Waffenlieferungen europäischer Staaten an die Ukraine.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/874309/EU-NATO%20declaration_EN.pdf

Wirtschaft

Kommission; Genehmigung der deutschen Beihilferegelung zur Unterstützung der Wirtschaft im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine

Die Kommission genehmigte am 21.12.2022 eine von DEU angemeldete Beihilferegelung zur Unterstützung der Wirtschaft in Höhe von 49 Mrd. EUR. Die Regelung steht im Kontext der Wirtschaftsschwächung durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Die Beihilfe kann von Unternehmen in Anspruch genommen werden, die Endverbraucher von Strom, Erdgas und Wärme, die mit Erdgas oder Strom erzeugt wurde, sind. Sie wird in Form von direkten Zuschüssen gewährt, indem monatliche Abschläge auf die Strom-, Erdgas- und Wärmerechnungen der stuftun Förderbefähigten über die Energieversorger gewährt werden. Die Kommission stuft die deutsche Regelung zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaates gemäß Art. 107 Abs. 3 Buchstabe b des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) und den im vorrübergehenden Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen in Krisensituationen festgelegten Bedingungen als erforderlich, angemessen und verhältnismäßig ein.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_7837

Kommission; Analysepapier über den Stand des Binnenmarktes

2023 feiert die EU den 30. Jahrestages des Europäischen Binnenmarktes, der am 01.01.1993 in Kraft trat. Im Vorfeld dieses Jahrestages veröffentlichte die Kommission am 21.12.2022 ein Analysepapier zum Stand des Binnenmarktes 30 Jahre nach seiner Errichtung und seine Rolle als Triebkraft für die Widerstandsfähigkeit der EU. In dem Analysepapier wird die Rolle des Binnenmarktes als Motor für die Widerstandsfähigkeit der EU, sowohl kurzfristig wie im Krisenmanagement als auch langfristig, um strategische Abhängigkeiten zu bewältigen und Kapazitäten aufzubauen, hervorgehoben. Durch Handel von Gütern sowie Dienstleistungen sei die Integration gestärkt worden. Der Binnenmarkt habe zum Wachstum beigetragen und den Handel von EU-Unternehmen vereinfacht. Der Binnenmarkt stelle die Hauptquelle für den Handel von EU-Unternehmen dar. Der Unterschied der Gesamtintegration zwischen Gütern (ca. 37%) und Dienstleistungen (ca.16%) sei, unter Berücksichtigung der Rolle von grenzüberschreitenden Niederlassungen, geringer als vermutet, da der Dienstleistungssektor der EU über eine große Vielfalt an einzelnen Sektoren sowie

über unterschiedliche Integrationsgrade verfüge. Im Dienstleistungssektor gebe es noch das größte Potential für den weiteren Ausbau, da durch die Vielzahl an Regeln und Bürokratie auf Ebene der Mitgliedstaaten (MS) anhaltende Herausforderungen bestünden. Die Rolle der MS wird somit bei der Verwaltung des Binnenmarktes durch Reformen und Vereinfachungen der Verwaltung sowie bei der Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden hervorgehoben. Die Effizienz und die Wirksamkeit politischer Maßnahmen zur Stärkung der strategischen Autonomie der EU sowie die Gewährleistung der Verfügbarkeit wichtiger Güter und Dienstleistungen könne durch eine Verbesserung des Binnenmarktes gestärkt werden.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/30-years-single-market-taking-stock-and-looking-ahead_en

Kommission; Genehmigung des Erwerbs der alleinigen Kontrolle über NewCo Eemshaven B.V durch RWE

Die Kommission genehmigte am 22.12.2022 den Erwerb der alleinigen Kontrolle über die niederländische NewCo Eemshaven B.V. durch die im Energiehandel sowie in der Stromerzeugung aus erneuerbaren und konventionellen Energiequellen tätige deutsche RWE AG gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung. Mit der Übernahme wird eine Neugründung von NewCo Eemshaven vorgesehen, die das Gaskraftwerk Magnum im Norden der NDL betreiben soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_7895

Kommission; Genehmigung der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens von HAZwei und EDF Deutschland

Die Kommission genehmigte nach den EU-Fusionskontrollvorschriften am 05.01.2023 die Gründung des Gemeinschaftsunternehmens Hypion Motion Neumünster von HAZwei 3. Beteiligungsgesellschaft mbH und EDF Deutschland. Das Gemeinschaftsunternehmen wird an einer noch zu entwickelnden Tankstelle in Neumünster in DEU sowie im Ankauf und Weiterverkauf von Wasserstoff tätig sein. HAZwei ist eine Tochtergesellschaft des in DEU ansässigen E.ON Konzerns und im Bereich der Energienetze tätig, insbesondere in den Bereichen Strom und Gas. EDF Deutschland ist die Tochtergesellschaft der in FRA ansässigen Électricité de France (EDF) und ebenfalls in dem Bereich Strom und Gas tätig.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_70

EuGH; Urteil zu garantierten Verkaufspreisen für Strom aus Wasserkraft

Der EuGH entschied am 12.01.2023 in den verbundenen Rechtssachen C-702/20 und C-17/21, dass eine staatliche Beihilfe nicht durch eine gerichtliche Entscheidung eingeführt werden kann. Das Oberste Gericht in LET ersuchte den EuGH um Auslegung des EU-Beihilferechts im Zusammenhang mit einer Schadensersatzforderung zweier Wasserkraftbetreiber DOBELES HES SIA und GM SIA. In LET konnten Erzeuger von Strom aus Wasserkraft gemäß einem nationalen Gesetz vom 05.05.2005 in dem Zeitraum von 01.03.2006 bis zum 30.09.2008 den überschüssig produzierten Strom zu einem erhöhten Preis an den zu 100% in staatlichen Besitz befindlichen Stromversorger Latvenergo verkaufen. Der durchschnittliche Stromverkaufstarif wurde von der Regulierungsbehörde in LET festgesetzt. Das Verwaltungsgericht in LET entschied in 2010, dass die Regulierungsbehörde den erhöhten Preis falsch berechnet habe, weswegen die zwei Wasserkraftbetreiber Schadensersatz für die Verluste forderten und das Oberste Gericht in LET den EuGH um Auslegung des EU-Beihilferechts ersuchte. Der EuGH entschied, dass es sich für das Vorliegen einer staatlichen Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) entweder um Gelder,

die nach nationalen Rechtsvorschriften aus einer Steuer oder anderen obligatorischen Abgaben stammen und im Einklang mit diesen Rechtsvorschriften verwaltet und verteilt werden, oder um Beträge, die immer unter staatlicher Kontrolle bleiben, handeln muss. Staatliche Beihilfen seien Maßnahmen der Regierung zur Begünstigung bestimmter Unternehmen, wohingegen Schadensersatzzahlungen Zahlungen an Ersatz einer Privatperson verursachten Schadens seien. Schadensersatzzahlungen würden demnach keine staatlichen Beihilfen im Sinne des Unionsrechts darstellen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-702/20>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-17/21>

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zur Harmonisierung der EU-Spezifikationen für Züge, Eisenbahninfrastruktur und Zugänglichkeit für Fahrgäste

Die Kommission hat am 30.12.2022 eine Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Harmonisierung der EU-Spezifikationen für Züge, Eisenbahninfrastruktur und Zugänglichkeit für Fahrgäste gestartet. Die Durchführungsverordnung soll zur Dekarbonisierung des europäischen Verkehrssektors beitragen. Die Stärkung des Schienenverkehrs soll durch eine Harmonisierung sowie eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und ein größeres Angebot im Güter- und Personenverkehr erfolgen. Die Konsultationsfrist endet am 27.01.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13533-](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13533-Eisenbahninteroperabilitat-harmonisierte-EU-Spezifikationen-fur-Zuge-die-Eisenbahninfrastruktur-und-die-Zuganglichkeit-fur-Fahrgaste_de)

[Eisenbahninteroperabilitat-harmonisierte-EU-Spezifikationen-fur-Zuge-die-Eisenbahninfrastruktur-und-die-Zuganglichkeit-fur-Fahrgaste_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13533-Eisenbahninteroperabilitat-harmonisierte-EU-Spezifikationen-fur-Zuge-die-Eisenbahninfrastruktur-und-die-Zuganglichkeit-fur-Fahrgaste_de)

Kommission; Konsultation zur technischen Spezifikation für die Teilsysteme Zugsteuerung, Zugsicherung und Signalgebung

Die Kommission hat am 30.12.2022 eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung über die technische Spezifikation für die Interoperabilität der Teilsysteme Zugsteuerung, Zugsicherung und Signalgebung eröffnet. Die Durchführungsverordnung stellt die Rechtsgrundlage für die neusten Entwicklungen im Europäischen Eisenbahnverkehrssystem sowie für eine weitere Harmonisierung des europäischen Eisenbahnsektors dar. Die Konsultationsfrist endet am 27.01.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13541-](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13541-Eisenbahninteroperabilitat-Technische-Spezifikation-fur-die-Teilsysteme-Zugsteuerung-Zugsicherung-und-Signalgebung_de)

[Eisenbahninteroperabilitat-Technische-Spezifikation-fur-die-Teilsysteme-Zugsteuerung-Zugsicherung-und-Signalgebung_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13541-Eisenbahninteroperabilitat-Technische-Spezifikation-fur-die-Teilsysteme-Zugsteuerung-Zugsicherung-und-Signalgebung_de)

E n e r g i e

Rat; Förmliche Annahme von vorübergehenden Maßnahmen zur Limitierung von Gaspreisen

Der Rat nahm am 22.12.2022 den Verordnungsentwurf zur Einführung eines Marktkorrekturmechanismus zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft für übermäßig hohe Gaspreise förmlich an (vgl. BaB 24/2022). Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise soll die Verordnung die hohen Gaspreise limitieren und gleichzeitig die Sicherheit der Energieversorgung sowie die Stabilität der

Finanzmärkte sicherstellen. Die Verordnung wird am 01.02.2023 in Kraft treten und gilt für ein Jahr.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/12/22/council-formally-adopts-temporary-mechanism-to-limit-excessive-gas-prices/>

Rat; Förmliche Annahme einer Verordnung zur schnelleren Genehmigung von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien

Der Rat nahm am 22.12.2022 eine Verordnung förmlich an, die den Prozess zur Genehmigung von Projekten beim Anbau der erneuerbaren Energien beschleunigen soll (vgl. BaB 24/2022). Hintergrund der Verordnung ist die aktuelle Energiekrise durch die Reduzierung der Erdgaslieferung Russlands an Mitgliedstaaten (MS) und die damit verbundene Bedrohung der Versorgungssicherheit der MS. Die Verordnung trat am 30.12.2022 in Kraft und gilt für 18 Monate.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/12/22/council-formally-adopts-regulation-to-speed-up-permits-for-renewable-energy-projects/>

Digital

Kommission; DSA – Konsultation zu den Aufsichtsgebühren

Die Kommission führt bis zum 19.01.2023 eine öffentliche Konsultation zu einem geplanten delegierten Rechtsakt zur Verordnung (EU) 2022/2065, dem sog. Digital Services Act (DSA), durch. Der DSA ist am 16.11.2022 in Kraft getreten. Er sieht in Art. 43 vor, dass Anbieter sehr großer Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen eine jährliche Aufsichtsgebühr entrichten müssen, die die geschätzten Kosten der Kommission im Zusammenhang mit ihren Aufsichtsaufgaben im Rahmen des DSA deckt. Die geplante delegierte Verordnung der Kommission soll künftig die Kriterien festlegen, die zur Berechnung dieser Aufsichtsgebühren heranzuziehen sind. Sie bestimmt die Methodik und das Verfahren für die Ermittlung der geschätzten Kosten und die Berechnung der einzelnen Gebühren.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13625-Gesetz-uber-digitale-Dienste-Methode-zur-Berechnung-der-Aufsichtsgebuehren_de

Kommission; Politikprogramm „Digitale Dekade 2030“ in Kraft

Das neue EU-Politikprogramm „Digitale Dekade 2030“ ist als Beschluss (EU) 2022/2481 am 09.01.2023 in Kraft getreten. Das Programm legt für vier Kernbereiche der Digitalisierung – digitale Kompetenzen, digitale Infrastrukturen, Digitalisierung der Unternehmen und Digitalisierung der öffentlichen Dienste – konkrete Ziele fest, die bis 2030 in der EU erreicht werden sollen. Dazu werden die Kommission und die Mitgliedstaaten (MS) in einem Monitoring- und Kooperationszyklus zusammenarbeiten. In den kommenden Monaten will die Kommission einen Durchführungsrechtsakt verabschieden, in dem die Kennzahlen (Key Performance Indicators) für die digitalen Zielvorgaben festgelegt werden, und gemeinsam mit den MS für jede dieser Zielvorgaben einen EU-Zielpfad entwickeln. Bis zum 09.10.2023 müssen die MS der Kommission ihre nationalen Fahrpläne zur Zielerreichung übermitteln. Die Behörde muss ihren ersten Bericht über den Stand der Digitalen Dekade, der die erzielten Fortschritte bewertet und Empfehlungen abgibt, bis zum 09.01.2024 veröffentlichen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022D2481&from=EN>

Kommission; Neue Partnerschaft zur Gesundheitsforschung (Horizont Europa)

Am 13.01.2023 hat ERA4Health neue Ausschreibungen im Bereich der Gesundheitsforschung angekündigt. Diese öffentlich-private neue Partnerschaft hat vor kurzem ihre Tätigkeit aufgenommen. Durchgeführt wird die Partnerschaft innerhalb des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa. ERA4Health ist eine kofinanzierte Partnerschaft und bringt 34 Fördereinrichtungen aus 20 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, und weiteren Nicht-EU-Staaten zusammen. Ziel von ERA4Health ist es, an einer gemeinsamen Programmplanung in Bereichen wie bessere Lebensqualität und bessere Versorgung der Patientinnen und Patienten, Umgestaltung der öffentlichen Gesundheitssysteme und Stärkung der Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung arbeiten. Die Partnerschaft wird in zwei Phasen umgesetzt, beginnend mit gemeinsamen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen in den Bereichen Ernährung und lebensstilbedingte Krankheiten, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Nanomedizin. Die nun von ERA4Health verkündete Ausschreibung betrifft den Bereich der gesundheitlichen Chancengleichheit durch Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung (HealthEquity). Die Aufforderung läuft bis 14.03.2022. Deutsche Einrichtungen sind antragsberechtigt.

<https://era4health.eu/>

Kommission; Forschungsagenda zur Kreislaufwirtschaft

Am 22.12.2022 hat die Kommission das neue Arbeitsprogramm des sog. Gemeinsamen Unternehmens „Circular Biobased Europe“ veröffentlicht. Über dieses Unternehmen (Joint Undertaking) betreibt die Kommission mit Partnern aus der biobasierten Industrie eine Forschungsagenda zu verschiedenen Themen der Kreislaufwirtschaft. Das neue Arbeitsprogramm sieht die Finanzierungsprioritäten zu den kommenden Ausschreibungen vor. 18 Themen mit einem Gesamtbudget von ca. 216 Mio. EUR sind vorgesehen. Die Frist für Anträge auf Förderung ist der 20.09.2023. Zu den Fördermaßnahmen gehören u.a. optimierte und integrierte holzbasierte Wertschöpfungsketten; Bioraffinerien für höherwertige biobasierte Chemikalien und Zwischenprodukte; biobasierte Verpackungsmaterialien; Valorisierung von Abfällen und Rückständen aus aquatischer Biomasse; Herstellung von sicheren, nachhaltigen und effizienten biobasierten Düngemitteln; Verbesserung der Fermentationsprozesse; Phytomanagement; Aushärtung von Böden mit Industriepflanzen sowie Entwicklung neuartiger, leistungsstarker biobasierter Polymere und Co-Polymere.

<https://www.cbe.europa.eu/system/files/2022-12/CBE-JU-Annual-Work-Programme-Budget-%202023.pdf>

Europäische Innovations- und Technologieinstitut; Neuer Online-Campus

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat am 10.01.2022 den sog. EIT-Campus ins Leben gerufen. Dieser soll alle vom EIT und seinen neun Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs) angebotenen Aktivitäten zur Förderung des Unternehmertums zusammenführen, um neue Chancen im Innovationsbereich zu bewirken. Das EIT-Institut ist ein fester Pfeiler in der dritten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa und ist bestrebt, chancenträchtige Innovationen zu fördern. Das EIT wird im Rahmen der neuen Initiative eine Online-Plattform einführen, auf der mehr als 250 Kurse zu den von der EIT-Gemeinschaft behandelten Themenbereichen angeboten werden. Die ersten Kurse, die auf der Plattform angeboten werden, betreffen die Bereiche Klima, Lebensmittel, urbane Mobilität und Rohstoffe und unterstützen den Kompetenzwandel für ein grüneres und gesünderes Europa. Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation,

Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, begrüßte die Initiative. Neben Unternehmensgründungen ist die Erziehung zum Unternehmertum laut der Kommission eine der wichtigsten Säulen der Unterstützung, die die EIT-Gemeinschaft Tausenden von Innovatoren in ganz Europa bietet. Ein EIT-Label soll für Studierende Wiedererkennungswert schaffen. Die EIT-Gemeinschaft zählt über 4 500 Absolventen von EIT-Label-Master- und Promotionsstudiengängen. Für professionelle Lernende bietet das EIT eine Vielzahl von Kursen und Workshops außerhalb des Studiums an. Das Online-Portal des EIT-Campus wird voraussichtlich Mitte 2023 voll einsatzfähig sein.

<https://eit.europa.eu/news-events/news/launching-eit-campus-advancing-innovation-education>

Finanzdienstleistungen

EuGH; Kartellbuße Euribor-Zinsderivate

Der EuGH hat am 12.01.2023 in zweiter Instanz eine von der Kommission im Jahr 2016 u.a. gegen die HSBC Bank verhängte Kartellbuße wegen Euribor-Manipulationen in Höhe von 33,6 Mio. EUR aufgehoben (Rechtssache C-883/19 P). Die Aufhebung betrifft die Höhe der Geldbuße sowie die zugrundeliegende Feststellung, dass sich die HSBC Bank an einer einheitlichen und fortgesetzten Zuwiderhandlung gegen das Kartellverbot beteiligt habe. Die Aufhebung beruht im Kern auf den von der HSBC Bank geltend gemachten Verfahrensverstößen. Ausdrücklich nicht aufgehoben wird hingegen die grundsätzliche Feststellung eines Verstoßes gegen das Kartellverbot durch die HSBC Bank.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-01/cp230008de.pdf>

Finanzen

EuGH; Pflicht zu Steuervertreter-Benennung bei Kurzzeitvermietungen rechtswidrig

Der EuGH entschied mit Urteil vom 22.12.2022 in der Rechtssache C-83/21, Airbnb Ireland und Airbnb Payments UK gegen Agenzia delle Entrate, dass im Zusammenhang mit der Kurzzeitvermietung von Immobilien das Unionsrecht weder der Verpflichtung zur Erhebung von Informationen noch dem Steuerabzug nach einer nationalen Steuerregelung entgegenstehe. Die Verpflichtung zur Benennung eines Steuerververtreters stelle hingegen eine unverhältnismäßige Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs dar. Hintergrund des Rechtsstreits ist ein italienisches Gesetz von 2017. Dieses Gesetz gilt für Mietverträge über Wohnimmobilien mit einer Dauer von höchstens 30 Tagen, die von natürlichen Personen außerhalb einer unternehmerischen Tätigkeit geschlossen werden. Es gilt unabhängig davon, ob diese Verträge unmittelbar mit den Mietern geschlossen werden oder mit Hilfe von Immobilienvermittlern wie Airbnb. Ab 2017 unterliegen die Einnahmen aus solchen Mietverträgen, wenn die betreffenden Eigentümer für den entsprechenden Präferenzsatz optiert haben, einem an den Fiskus abzuführenden Abzug von 21%. Außerdem sind Daten über die Mietverträge der Steuerverwaltung zu übermitteln. Personen, die Tätigkeiten der Immobilienvermittlung ausüben, müssen, wenn sie die Mieten einziehen oder im Zusammenhang mit ihrer Zahlung tätig werden, als Abzugsverpflichtete diesen Abzug vom Betrag der Mieten vornehmen und ihn an den Fiskus abführen. Nicht gebietsansässige Personen, die in ITL über keine ständige

Niederlassung verfügen, sind verpflichtet, als Steuerverantwortliche einen Steuervertreter zu benennen. Airbnb Ireland und Airbnb Payments UK erhoben Klage auf Nichtigerklärung der Entscheidung des Direktors der italienischen Steuerverwaltung zur Durchführung der neuen Steuerregelung.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-12/cp220212de.pdf>

Kommission; KRO tritt dem Euroraum bei

Die Kommission wies am 30.12.2022 darauf hin, dass KRO ab dem 01.01.2023 den EUR als Währung einführt. Der anhaltenden Stabilität des Wechselkurses entsprechend wird die Kuna zu einem Umrechnungskurs von 1 EUR für 7,53450 Kroatische Kuna getauscht. Die beiden Währungen werden für einen Zeitraum von zwei Wochen parallel verwendet. Bei einer Zahlung in Kuna wird das Wechselgeld in EUR herausgegeben. Auf diese Weise wird die Kuna allmählich aus dem Umlauf genommen. Mit Kroatiens Beitritt gilt die gemeinsame Währung der EU in 20 Mitgliedstaaten und wird von 347 Mio. EU-Bürgerinnen und Bürgern genutzt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_7907

S o z i a l e s

Kommission; Bewertung zum EU-Qualitätsrahmen für Praktika vorgelegt

Am 10.01.2023 hat die Kommission ihre Evaluation des Qualitätsrahmens für Praktika aus dem Jahr 2014 vorgelegt. Hierin stellt sie fest, dass der europäische Qualitätsrahmen ein wichtiges Vergleichsinstrument darstellt, um Praktikaplätze hochwertig auszugestalten. Die darin aufgestellten 21 Grundsätze seien von den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung und von jungen Menschen als relevant eingestuft worden. Der Bericht soll als Grundlage dienen, um die im Arbeitsprogramm 2023 von der Kommission angekündigte Aktualisierung des Qualitätsrahmens zu finalisieren. Der Qualitätsrahmen wird dabei als Baustein des angekündigten europäischen Jahres der Kompetenzen 2023 erachtet.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=26509&langId=en>

Kommission; Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitsmigration

Am 10.01.2023 hat die Kommission die erste Sitzung der neu eingerichteten Plattform für Arbeitsmigration abgehalten. Unter Mitwirken der für Inneres zuständigen Kommissarin Ylva Johansson sowie des für Beschäftigung und soziale Rechte zuständigen Kommissar Nicolas Schmit stand die Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitsmigration aus Drittländern in die EU im Zentrum des Austauschs. Ziel ist es, die legale Migration ins Unionsgebiet zu stärken, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel sowie den Auswirkungen des demographischen Wandels entgegenzuwirken. Die Initiative ist Bestandteil des von der Kommission für 2023 vorgeschlagene europäische Jahr der Kompetenzen.

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/european-year-skills-2023_de

Kommission; Novelle für Medizinprodukteverordnung vorgelegt

Die Kommission hat am 06.01.2023 einen Vorschlag für eine weitere Überarbeitung der Medizinprodukteverordnung vorgelegt. Mit dem Vorschlag sollen die Übergangsfristen für jene Medizinprodukte verlängert werden, für die vor dem Geltungsbeginn der Verordnung am 26.05.2021 eine Bescheinigung oder Konformitätserklärung ausgestellt wurde. Zudem wird eine Verlängerung des Übergangszeitraums für implantierbare Sonderanfertigungen und die Streichung der sogenannten Abverkaufsfrist vorgeschlagen. Letztere sieht vor, dass auch bereits in Verkehr gebrachte und im Handel noch erhältliche Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika vom Markt genommen werden müssten. Der Vorschlag soll auf dem Wege eines beschleunigten Mitentscheidungsverfahrens durch den Rat und EP angenommen werden.

https://health.ec.europa.eu/system/files/2023-01/mdr_proposal.pdf

EuRH; Sonderbericht zur Freizügigkeit in der Pandemie vorgelegt

Der europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 11.01.2023 einen Sonderbericht über die Instrumente zur Reiseerleichterung in der EU während der COVID-19 Pandemie vorgelegt. Im Rahmen der Prüfung kommt der Hof zu dem Schluss, dass die Kommission trotz begrenzter Zuständigkeiten im Politikfeld der öffentlichen Gesundheit zeitnah geeignete Lösungsansätze auf den Weg gebracht habe. Aufgrund der unterschiedlichen Nutzung der EU-Instrumente in den Mitgliedstaaten sei es hierbei jedoch zu einer uneinheitlichen Handhabung im Unionsgebiet gekommen. Der EuRH resümiert daher, dass die Gründe für die zum Teil geringe Nutzung wirkungskräftiger Instrumente weiter zu analysieren seien. Insgesamt habe das digitale COVID-Zertifikat jedoch maßgeblich zu einer besseren Koordination der Reiseeinschränkungen beigetragen und die Grenzüberschreitung innerhalb der EU deutlich erleichtert.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR23_01/SR_Free_Movement_II_DE.pdf

EuGH; Schlussanträge zur Haftung wegen unzureichender Erstversorgung nach einem Unfall an Bord eines Flugzeugs

Generalanwalt Emiliou hat am 12.01.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-510/21 vorgelegt. Darin vertritt er die Auffassung, dass alle Ansprüche an Luftfahrtunternehmen, die sich objektiv auf die Körperverletzung eines Reisenden während eines in den allgemeinen Anwendungsbereich dieses Übereinkommens fallenden internationalen Fluges wegen eines Unfalls, der sich an Bord des Luftfahrzeugs ereignet hat, beziehen, ausschließlich dem Übereinkommen von Montreal unterliegen. Außerdem sind der eigentliche Unfall und die anschließende Erstversorgung als einheitliches Unfallgeschehen zu betrachten. Das Übereinkommen von Montreal regelt Haftungsfragen im internationalen zivilen Luftverkehr. Geklagt hatte ein Fluggast auf Schadenersatz und unzureichende Erstversorgung, nachdem dieser auf einem Austrian Airlines-Flug mit Kaffee verbrüht wurde und schwere Verbrennungen erlitten hatte. Der Kläger vertrat die Ansicht, dass die Haftung auf Erstversorgung nicht dem Abkommen von Montreal, sondern dem österreichischen Schadensrecht unterliege und so noch nicht nach 2 Jahren, wie es unter dem Abkommen der Fall wäre, verjährt sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=269161&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=20476>

EuGH; Urteil zur Haftung von Mitgliedstaaten bei Gesundheitsschäden durch Luftverschmutzung

EuGH entschied mit Urteil in der Rechtssache C-61/21 am 22.12.2022, dass Mitgliedsstaaten nicht für die Gesundheitsschäden durch zu hohe Luftverschmutzung haften müssen. Er begründet dies damit, dass die europäische Richtlinie zur Luftqualität Einzelpersonen keine Rechte, die zu Schadensersatz führen könnten, verleiht. Bürgerinnen und Bürger könnten jedoch erreichen, dass Maßnahmen für saubere Luft von nationalen Behörden ergriffen werden müssten. Geklagt hatte ein Einwohner des Ballungsraums Paris. Er verlangte vom französischen Staat 21 Mio. EUR Schadensersatz, weil die zunehmende Luftverschmutzung in diesem Ballungsraum seinen Gesundheitszustand seit 2003 geschädigt habe und der französische Staat nicht dafür gesorgt habe, dass EU-weit einheitlich geltende Grenzwerte eingehalten werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=0ABA67709D39373CA552E411439B2BED?text=&docid=268785&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6197>

Kommission; Europäische Bürgerinitiative zur Beendigung des Handels mit Flossen erfolgreich

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Stop Finning-stop the Trade“ wurde am 12.01.2023 erfolgreich, nachdem sie von mehr als 1,1 Mio. Menschen unterstützt wurde. Die Initiative fordert die Kommission auf, rechtliche Maßnahmen vorzuschlagen, um den Handel mit Flossen in der EU zu beenden, einschließlich der Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Flossen, die nicht auf natürliche Weise mit dem Körper des Tieres verbunden sind. Die Initiative ist die achte erfolgreiche EBI mit über einer Millionen Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten. Die Kommission muss innerhalb eines halben Jahres eine Antwort vorlegen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_143

L a n d w i r t s c h a f t

Rat; Fischereiabkommen zwischen der EU und GBR

Der Rat billigte am 22.12.2022 ein Abkommen zwischen der EU und GBR über Fangmöglichkeiten 2023 sowie die Fangmöglichkeiten für bestimmte Tiefseebestände 2023 und 2024. Durch dieses Abkommen werden EU-Fischereibetrieben Fangrechte im Atlantik sowie in der Nordsee garantiert. Es beinhaltet die Fangrechte für ungefähr 100 gemeinsam bewirtschaftete Fischbestände einschließlich der zulässigen Gesamtfangmenge (TAC - „total allowable catches“) für jede Art für 2023 sowie für bestimmte Tiefseebestände für 2023 und 2024. Die Bestimmungen gelten rückwirkend ab dem 01.01.2023.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/12/22/council-approves-eu-uk-fishing-deal-for-2023/>

Kommission; Analyse der Einflussfaktoren auf die Ernährungssicherheit

Die Kommission veröffentlichte am 04.01.2023 eine Analyse zu den wichtigsten Einflussfaktoren auf die Ernährungssicherheit. Sie befasst sich mit den Auswirkungen von Faktoren wie Klimawandel, Umweltzerstörung, den wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 und der russischen Invasion in der Ukraine auf die Ernährungssicherheit und identifiziert verschiedene Treiber der Veränderungen. Dazu gehören

biophysikalische und ökologische; Forschung, Innovation und Technologie; Wirtschaft und Markt; Leistung der Lebensmittelversorgungskette; politische und institutionelle sowie soziokulturelle und demografische Faktoren. Des Weiteren ergibt die Analyse, dass nicht die Verfügbarkeit von Lebensmitteln in Europa, sondern deren Erschwinglichkeit für eine wachsende Zahl von Haushalten mit geringem Einkommen ein Problem darstellt. Die Kommission sieht insgesamt eine Dringlichkeit zu handeln, um ein nachhaltiges Lebensmittelsystem zu gewährleisten.

https://commission.europa.eu/system/files/2023-01/SWD_2023_4_1_EN_document_travail_service_part1_v2.pdf

Kommission; Illegale Fischerei: Einstufung von Kamerun als nicht-kooperierendes Land

Die Kommission entschied am 05.01.2023, Kamerun als nicht kooperierendes Land bei der Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei) einzustufen und ihm damit die sogenannte „rote Karte“ zu zeigen. Anschließend wird sie dem Rat der EU vorschlagen, das Land in die Liste der nichtkooperierenden Länder aufzunehmen. Die IUU-Verordnung soll sicherstellen, dass lediglich legal gefangene Fischereierzeugnisse auf den EU-Markt kommen dürfen. Nachdem im Februar 2021 bei der Fischerei in Kamerun schwerwiegende Mängel festgestellt wurden und kamerunische Behörden nach erfolgter Warnung laut Kommission weiterhin keine angemessene Kontrolle der eigenen Fischerei sichergestellt haben, wurde Kamerun nun von der Kommission in die Liste der nicht-kooperierenden Länder eingestuft. Die Kommission wird zur Beseitigung der Mängel den Dialog mit den kamerunischen Behörden fortsetzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_7890

Kommission; Konsultation zu Leitlinien für Nachhaltigkeitsvereinbarungen in der Landwirtschaft

Die Kommission startete am 10.01.2023 eine öffentliche Konsultation zu den Leitlinien zur Ausgestaltung von Nachhaltigkeitsvereinbarungen im Einklang mit der neuen Ausnahme von den Wettbewerbsvorschriften der EU, die im Rahmen der letzten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt wurde. Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union verbietet generell Vereinbarungen zwischen Unternehmen, die den Wettbewerb beschränken. Artikel 210a der Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse nimmt jedoch bestimmte wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen im Agrarsektor von diesem Verbot aus, sofern die Vereinbarungen für das Erreichen von Nachhaltigkeitsstandards unerlässlich sind. Die Leitlinien sollen klarstellen, wie die Akteure im Agrar- und Lebensmittelsektor gemeinsame Initiativen für Nachhaltigkeit im Einklang mit dieser neuen Regelung gestalten können. Der Leitlinienentwurf legt den Anwendungsbereich der Ausnahme, förderfähige Nachhaltigkeitsziele, Anforderungen an Nachhaltigkeitsstandards und die Ermittlung unerlässlicher Wettbewerbsbeschränkungen fest. Rückmeldungen sind bis zum 24.04.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_102

EuGH; Stärkung des Markenschutzes auf Online-Marktplätzen

Der EuGH hat am 22.12.2022 sein Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-148/21 und C-184/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass der Betreiber eines Online-Marktplatzes wie z.B. Amazon unmittelbar für die Verletzung von Markenrechten haftet, auch wenn es um die Anzeige eines Dritten geht. Für den konkreten Fall stellte der EuGH fest, dass, wenn die Nutzer der Website den Eindruck hätten, dass in Amazons Namen und auf dessen Rechnung Pumps der Marke Louboutin verkauft würden, man davon ausgehen könne, dass Amazon das eingetragene Zeichen von Louboutin selbst benutze. Das sei u.a. dann der Fall, wenn Amazon alle Anzeigen auf der Webseite einheitlich gestalte, sein eigenes Händlerlogo auch auf den Anzeigen von Drittverkäufern präsentiere und die Schuhe lagere und verschicke. Ob im konkreten Fall tatsächlich eine Markenrechtsverletzung vorliegt, müssten allerdings nationale Gerichte beurteilen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A62021CJ0148&qid=1673555934263>

Innere s

EuGH; Auslieferung von EU-Bürger an Drittstaat kann gerechtfertigt sein

Der EuGH hat am 22.12.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-237/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Auslieferung eines Unionsbürgers an einen Drittstaat zum Vollzug einer Strafe gerechtfertigt sein kann, um der Gefahr der Straflosigkeit entgegenzuwirken. Insbesondere sei dies dann der Fall, wenn der ersuchte Mitgliedstaat (MS) völkerrechtlich zur Auslieferung verpflichtet ist und der Drittstaat der Vollstreckung der Strafe im Hoheitsgebiet des ersuchten MS nicht zustimmt.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A62021CJ0237&qid=1673554867840>

EuGH; Sprachprüfung als Bedingung für Ehegattennachzug unionsrechtswidrig

Der EuGH hat am 22.12.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-279/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass DNK den Ehegattennachzug zu einem türkischen Arbeitnehmer, der sich rechtmäßig in DNK aufhält, nicht davon abhängig machen darf, dass der Arbeitnehmer erfolgreich eine dänische Sprachprüfung abgelegt hat. Laut EuGH verstößt die Regelung gegen die Stillhalteklausele im Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrates EWG/Türkei.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A62021CJ0279&qid=1673555202139>

EUAA; Bericht zur Lage afghanischer Flüchtlinge im Iran

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 11.01.2023 einen Bericht über die Lage afghanischer Flüchtlinge im Iran veröffentlicht, der die wichtigsten Entwicklungen im Zeitraum zwischen Oktober 2020 und November 2022 darstellt. Der Bericht soll Informationen über die Situation der registrierten und nicht registrierten afghanischen Flüchtlinge im Land liefern, die für die Bestimmung des internationalen Schutzstatus relevant sind.

<https://euaa.europa.eu/publications/iran-situation-afghan-refugees>

Kommission; Registrierung von EBI „Artikel 4: Folter und unmenschliche Behandlungen an den europäischen Grenzen stoppen“

Die Kommission hat am 12.01.2023 den Beschluss gefasst, die Europäische Bürgerinitiative (EBI) mit dem Titel „Artikel 4: Folter und unmenschliche Behandlungen an den europäischen Grenzen stoppen“ („Article 4: Stop torture and inhuman treatment at Europe's borders“) zu registrieren. Mit der Initiative wird ein Rahmen gefordert, der die Achtung des in Art. 4 der Charta der Grundrechte verankerten Verbots von Gewalt und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung im Zusammenhang mit der Politik der EU in den Bereichen Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung gewährleistet. Der Registrierungsbeschluss ist nicht gleichbedeutend mit einer inhaltlichen Prüfung – die Kommission bestätigt mithin ausschließlich die rechtliche Zulässigkeit der EBI.

https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2023/000001_en

EuGH; Betroffene sind über Weitergabe personenbezogener Daten zu informieren

Der EuGH hat am 12.01.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-154/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass jeder das Recht hat zu erfahren, an wen seine personenbezogenen Daten weitergegeben werden. Grundsätzlich hat der für die Datenverarbeitung Verantwortliche dabei auf Anfrage des Betroffenen die konkrete Identität des Empfängers der offengelegten Daten mitzuteilen. Lediglich dann, wenn der Empfänger (noch) nicht identifiziert werden kann oder der Antrag offenkundig unbegründet oder exzessiv ist, kann sich die Mitteilung auf die Kategorien der Empfänger beschränken.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A62021CJ0154&qid=1673557362573>

EuGH; Rechtsbehelfe der DSGVO können nebeneinander eingelegt werden

Der EuGH hat am 12.01.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-132/21 verkündet. Er kommt darin zu dem Ergebnis, dass die in der Datenschutzgrund-Verordnung (DSGVO) vorgesehenen verwaltungs- und zivilrechtlichen Rechtsbehelfe nebeneinander und unabhängig voneinander eingelegt werden können. Es obliegt in diesem Fall dann den Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass die parallele Einlegung dieser Rechtsbehelfe die gleichmäßige und einheitliche Anwendung der DSGVO nicht beeinträchtigt.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A62021CJ0132&qid=1673560370842>

EP; Teilhabe von EU-Bürgern an Kommunalwahlen soll erleichtert werden

Mit 51 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen und bei 7 Enthaltungen hat der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP am 12.01.2023 die Vorschläge zur Stärkung des Rechts von EU-Bürgern auf Teilnahme an Kommunalwahlen in einem anderen Mitgliedstaat (MS), in dem sie ihren Wohnsitz haben, angenommen. In dem angenommenen Berichtsentwurf fordern die MdEP, dass Sprachbarrieren beseitigt, Registrierungsverfahren vereinfacht, früher und sorgfältiger durchgeführt sowie die Rechte vulnerabler Gruppen besser geschützt werden sollen. Darüber hinaus soll die Stimmabgabe durch Möglichkeiten der Briefwahl, der vorzeitigen Stimmabgabe, der Stimmrechtsvertretung oder der elektronischen Wahl erleichtert werden. In diesem Zusammenhang wollen die MdEP die sog. "Ausnahmeregelungen" abschaffen, die es einem MS derzeit erlauben, das aktive und passive Wahlrecht für mobile EU-Bürger einzuschränken, wenn deren Bevölkerungsanteil auf über 20% aller in seinem Hoheitsgebiet ansässigen EU-Bürger (Inländer und mobile Bürger) ansteigt. Der Vorschlagsentwurf sieht auch die

Abschaffung der Regeln vor, die es den MS derzeit erlauben, Spitzenpositionen in der Kommunalverwaltung ihren eigenen Staatsangehörigen vorzubehalten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230109IPR65914/meps-propose-new-rules-for-mobile-europeans-participation-in-local-elections>

EP; Zugang zu zentralen Bankkontenregistern

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP hat am 12.01.2023 einen Berichtsentwurf bzgl. der von der Kommission vorgeschlagenen Änderung der Richtlinie in Bezug auf den Zugang zuständiger Behörden zu zentralen Bankkontenregistern über die zentrale Zugangsstelle mit 56 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Ziel ist es, effektivere Ermittlungen im Bereich der illegalen Finanzwirtschaft zu ermöglichen. Konkret soll der Abruf von Daten aus zentralen Bankregistern, die mit der fünften Geldwäscherichtlinie geschaffen wurden, erleichtert werden. So verpflichtet der Vorschlag die Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass die Informationen aus den zentralen Registern über einen einzigen, von der Kommission zu entwickelnden und zu betreibenden Zugangspunkt verfügbar sind. Auf diese Weise sollen die zuständigen Behörden schnell feststellen können, ob eine Person Konten in mehreren MS unterhält, ohne mehrere zeitraubende Abfragen durchführen zu müssen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230109IPR65915/meps-adopt-rules-to-smoothen-investigations-into-financial-crime>

Bildung und Kultur

Kommission; Erasmus+-Förderung

Am 21.12.2022 hat die Kommission den neuen Programmleitfaden (Programme Guide) für Antragstellungen im Erasmus+-Förderprogramm veröffentlicht. Das vor 35 Jahren gegründete Programm Erasmus+ ist eines der bekanntesten und beliebtesten EU-Programme. Unterstützt wird v.a. die Mobilität von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Menschen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, erwachsenen Lernenden, jungen Menschen in nichtformalen Lernprogrammen und Erziehungs- und sonstigem Personal über Grenzen hinweg. Der nun veröffentlichte Leitfaden informiert Organisationen und Einzelpersonen über Fördermöglichkeiten, die durch das Programm unterstützt werden. Organisationen und Einrichtungen, die sich um eine Finanzierung im Rahmen dieser Aufforderung bemühen, müssen die in diesem Leitfaden genannten Teilnahme- und Finanzierungsbedingungen erfüllen. Das Dokument enthält Informationen über die Prioritäten des Programms, die unterstützten Aktionen und die für die verschiedenen Aktionen verfügbaren Mittel. Am 23.11.2022 hatte die Kommission den neuesten Förderaufruf im Erasmus+-Programm mit einer Förderhöhe von rund 3,4 Mrd. EUR veröffentlicht.

<https://erasmus-plus.ec.europa.eu/erasmus-programme-guide>

Kommission; Beginn der neuen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds „ESF+“ in DEU

Am 12.01.2023 hat die Kommission gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales offiziell den Startschuss für die neue Förderperiode des ESF+ für DEU gegeben. Projekte innerhalb dieses Programms sollen es ermöglichen, kostenlos und wohnortnah in Aus- und Weiterbildung sowie zur Arbeit zu kommen. In DEU erhalten Bund und Länder bis 2027 insgesamt 6,56 Mrd. EUR aus dem ESF+-Programm, wovon rund 2,22 Mrd. EUR in das Bundesprogramm und 4,34 Mrd. EUR in die Aktivitäten der Bundesländer fließen. Sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene ist die Kofinanzierung durch den Bund bzw. die jeweiligen Länder vorgesehen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/durchstarten-mit-dem-europaischen-sozialfonds-neue-forderperiode-startet-2023-01-12_de

Kommission; S+T+ARTS Preis 2023 ausgelobt

Am 10.01.2023 wurde erneut der „S+T+ARTS“ Preis ausgelobt, bei dem die innovativsten Projekte aus der Schnittstelle von Kreativität, Wissenschaft, Technologie und Kunst prämiert werden sollen. Der „S+T+ARTS“-Preis wird unter anderem ausgelobt von der Kommission sowie der Frankfurter Buchmesse. Prämiert werden sollen u.a. bahnbrechende Kooperationsprojekte aus den Bereichen Technologie und Kunst sowie alle Formen künstlerischen Schaffens mit einem engen Bezug zu technologischen Innovationen. Bewerben können sich Künstlerinnen und Künstler sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates ist nicht erforderlich. Die Bewerbungsfrist endet am 03.03.2023. Im Zeitraum vom 20.04. bis 23.04.2023 befindet eine Jury über die eingereichten Projekte.

<https://starts.eu/detail/s-t-arts-prize-2022-narratives/>

V e r a n s t a l t u n g e n

Sternsinger aus Nidda zu Gast in der Hessischen Landesvertretung

Auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich traten Sternsinger aus dem hessischen Nidda am Abend des 11.01.2023 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf. Begleitet von Dr. Mathias Miedreich, Pfarrer der katholischen Pfarrgemeinde Liebfrauen-Nidda, und den Gemeindereferentinnen Maria Schieber und Esther Langsdorf, sangen die vier Sternsinger Benedikt (11), Clara (11), Jonah (12) und Christina (11) stimmungsvolle Lieder aus ihrem reichhaltigen Repertoire und überbrachten dem Publikum ihre Friedens- und Segensbotschaften, die vor allem auf den Schutz von Kindern vor Gewalt aufmerksam machen sollten. Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich lobte bei ihrer Begrüßung den Eifer der Kinder, die sich rund um den Dreikönigstag mal bei Schnee und Kälte, mal bei mildereren Temperaturen, aber immer in königlichen Gewändern der Dreikönige Caspar, Melchior und Balthasar auf den Weg machen, um Gottes Segen zu den Menschen zu bringen und Geld für Kinder in Not zu sammeln. Es sei gut, dass die Sternsinger nach Brüssel zu denjenigen gekommen seien, die die Politik gestalten, Entscheidungen treffen und Gesetze machen. Die Sternsinger aus Nidda hatten zuvor am traditionellen Empfang der Sternsinger im EP auf Einladung des Vizepräsidenten MdEP Rainer Wieland (EVP/DEU) teilgenommen. Neben Sternsängern aus Hessen waren dort weitere Gruppen im Alter von 10-15 Jahren aus Ungarn, Rumänien, Italien (Südtirol) und Belgien eingeladen. Auch der

Generalsekretär der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (COMECE), Dr. Manuel Enrique Barrios Prieto, hatte die Sternsingergruppen aus den verschiedenen Mitgliedstaaten begrüßt.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

16.01.2023	Euro-Gruppe
17.01.2023	Rat für Wirtschaft und Finanzen
23.01.2023	Rat für Auswärtige Angelegenheiten
25.-27.01.2023	Informelle Ministertagung Justiz und Inneres

Europäische Kommission

17.01.2023	Nutzung von Talenten in den Regionen Europas
25.01.2023	Empfehlung der Kommission zu den Zielen der Union für die Katastrophenresilienz

Europäisches Parlament

Plenarsitzung vom 16.-19.01.2023 in Straßburg

30-jähriges Bestehen des Binnenmarkts
Verbringung von Abfällen
Binnenmarktkonzept für den Verbraucherschutz in Online-Videospielen
Schaffung einer Europäischen Hauptstadt des lokalen Handels
Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des schwedischen Ratsvorsitzes
Wahl eines Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments
Festlegung von Vorschriften zur Verhinderung der missbräuchlichen Nutzung von Briefkastenfirmen für Steuerzwecke und Änderung der Richtlinie 2011/16/EU
Übereinkommen über Computerkriminalität über eine verstärkte Zusammenarbeit und die Weitergabe elektronischen Beweismaterials: zweites Zusatzprotokoll
Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2022

Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2022
 Menschenrechte und Demokratie in der Welt und Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2022
 Einrichtung eines Gerichts für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine
 Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 15. Dezember 2022
 Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2021
 Die von rechtsextremistischen Netzwerken ausgehende terroristische Bedrohung der demokratischen Grundordnung
 Überarbeitung der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats
 Inflation der Lebensmittelpreise in Europa
 Reaktion der EU auf die Proteste und Hinrichtungen im Iran
 Auf dem Weg zu einer stärkeren Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika
 Schutz der Rechtsstaatlichkeit gegen Straflosigkeit in Spanien
 Enthüllungen über Über-Lobbypraktiken in der EU
 Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 144 GO)
 Humanitäre Folgen der Blockade in Nagorno-Karabach
 Die Erstürmung der demokratischen Institutionen in Brasilien
 Lage der Journalisten in Marokko, insbesondere der Fall von Omar Radi
 Erklärung der Kommission - Die Global Gateway Initiative

Ausschuss der Regionen

Es finden bis zum 27.01.2023 keine Sitzungen im AdR statt.

Europäischer Gerichtshof

- | | |
|------------|--|
| 16.01.2023 | Mündliche Verhandlung (Große Kammer) in der Rechtssache C-548/21 Bezirkshauptmannschaft Landeck - Zugriff der Kriminalpolizei auf die auf einem Mobiltelefon gespeicherten Daten |
| 17.01.2023 | Urteil (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-632/20 P Spanien / Kommission - Beteiligung der Regulierungsbehörde des Kosovo am GEREK |
| 17.01.2023 | Mündliche Verhandlung (Große Kammer) in der Rechtssache C-807/21 Deutsche Wohnen – |

Sanktionierung von Unternehmen bei
Datenschutzverstößen

- 18.01.2023 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-765/21 Azienda Ospedale-Università di Padova - Impfpflicht für die Beschäftigten des Gesundheitswesens in Italien
- 18.01.2023 Mündliche Verhandlung in der Rechtsmittelsache C-758/21 P Ryanair und Airport Marketing Services - Staatliche Beihilfen – Flughafen Klagenfurt
- 18.01.2023 Mündliche Verhandlung in der Rechtsmittelsache C-763/21 P TUIfly / Kommission - Staatliche Beihilfen – Flughafen Klagenfurt
- 19.01.2023 Urteil in der Rechtssache C-680/20 Unilever Italia Mkt. Operations - Missbrauch marktbeherrschender Stellung bei abgepacktem Speiseeis
- 19.01.2023 Urteil in der Rechtssache C-147/21 CIHEF u.a. - Rabattverbot und Werbebeschränkungen für bestimmte Biozidprodukte
- 19.01.2023 Urteil in der Rechtssache C-162/21 Pesticide Action Network Europe u.a. - Verwendung von Neonicotinoiden in Pflanzenschutzmitteln
- 19.01.2023 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-27/22 Volkswagen Group Italia und Volkswagen Aktiengesellschaft - Geldbußen gegen VW in Italien und in Deutschland – Verbot der Doppelbestrafung?
- 24.01.2023 Mündliche Verhandlung (Große Kammer) in der Rechtssache C-582/21 Profi Credit Polska (Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens) - Gerichtlicher Rechtsschutz bei missbräuchlichen Klauseln
- 26.01.2023 Urteil in der Rechtssache C-205/21 Ministerstvo na vatreshnite raboti - Schutz personenbezogener Daten im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung
- 26.01.2023 Schlussanträge in der Rechtssache C-689/21 Udlændinge- og Integrationsministeriet - Verlust der EU-Bürgerschaft
- 26.01.2023 Schlussanträge in der Rechtssache C-817/21 Inspekția Judiciară - Unabhängigkeit der Justiz in Rumänien
- 26.01.2023 Mündliche Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen C-26/22 und C-64/22 SCHUFA Holding u.a. - Datenspeicherung bei privaten Wirtschaftsauskunfteien

26.01.2023 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-634/21
SCHUFA Holding u.a. - Erstellung von Score-Werten durch
private Wirtschaftsauskunfteien

Gericht der Europäischen Union

24.01.2023 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache T-390/20
Scandlines Danmark und Scandlines Deutschland /
Kommission - Finanzierung der Festen
Fehmarnbeltquerung

25.01.2023 Urteil in der Rechtssache T-163/21 De Capitani / Rat -
Zugang zu Dokumenten

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 27.01.2023.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA